Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6273**
17. Wahlperiode 24. 06. 2011

Fragen

für die Fragestunde der 116. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 29. Juni 2011

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete *Nummer der Frage*

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch werden die Steuerausfälle aufgrund der geplanten Steuersenkungen für 2012, gegebenenfalls auch ab 2013, von bis zu 10 Mrd. Euro für die Kommunen sein, und wie beurteilt die Bundesregierung die zu erwartenden Steuerausfälle für die Kommunen vor dem Hintergrund ihrer Erklärung anlässlich der abschließenden Sitzung der Gemeindefinanzkommission am 15. Juli 2011, einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation leisten zu wollen?

2. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie reduziert sich die Kostenentlastung der Kommunen aus der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund in der Zeit von 2012 bis 2015, wenn die neuen Belastungen der Kommunen durch die zu erwartenden Steuermindereinnahmen durch eine mögliche Steuersenkung und die im Bildungspaket vereinbarte Kostenübernahme für die Neueinstellung von 3 000 Sozialarbeitern und der Mittagsverpflegung ab 2014 in Abzug gebracht werden?

3. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwiefern sind die Ankündigungen der Bundesregierung, kleine und mittlere Einkommen durch eine Steuersenkung zu entlasten, aus Sicht der Bundesregierung vereinbar mit einer Senkung der Einkommensteuer, bei der eine Tarifsenkung im unteren Einkommensbereich stets eine höhere Entlastung im oberen Einkommensbereich bewirkt (vgl. beispielsweise „Wer von Steuersenkungen profitieren würde“, SPIEGEL ONLINE vom 23. Juni 2011), und erwägt die Bundesregierung vor diesem Hintergrund, die Entlastungswirkung für obere Einkommen über eine Erhöhung der Grenzsteuersätze im oberen Einkommensbereich auszugleichen?

4. Abgeordneter **Dr. Gerhard Schick** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hat sich im Zeitraum seit 1990 die sogenannte kalte Progression tatsächlich auf die Steuerzahlung von Bürgerinnen und Bürgern mit kleinen und mittleren Einkommen ausgewirkt, und wie stark wurde dies von den Einkommensteuersenkungen in diesem Zeitraum kompensiert?

5.	Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)	Wie begründet die Bundesregierung – mit Blick auf ihre Verpflichtung zur Einhaltung der Schuldenbremse, die infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise stark gestiegene Nettoneuverschuldung und die Lücke zwischen Steuereinnahmen und nicht nur kriseninduzierten Haushaltsbelastungen – ihre erneute Ankündigung einer Steuersenkung, die Menschen mit hohen Einkommen begünstigt und Menschen mit niedrigem Einkommen benachteiligt?
6.	Abgeordneter **Lothar Binding (Heidelberg)** (SPD)	Wann plant die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Verhinderung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten bei der Abgrenzung zwischen Betriebs- und Verwaltungsvermögen in der Erbschaft- und Schenkungsteuer vorzulegen (vgl. etwa FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND vom 25. Mai 2011)?
7.	Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Teilt die Bundesregierung die Ansicht, dass eine Senkung oder Streichung des Solidaritätszuschlags die oberen Einkommen überproportional gegenüber den unteren und mittleren Einkommen entlasten würde, und hält die Bundesregierung vor diesem Hintergrund an ihren Überlegungen zur Senkung oder Abschaffung des Solidaritätszuschlags fest?
8.	Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Mit jährlichen Einnahmeausfällen in welcher Höhe rechnet die Bundesregierung, wenn eine an der jährlichen Inflationsrate orientierte Indexierung des Einkommensteuertarifs stattfände?
9.	Abgeordnete **Hilde Mattheis** (SPD)	Wie viele der im Jahr 2010 durch Selbstanzeigen und Steuerdaten-CDs zusätzlich angefallenen Steuerfälle sind durch die zuständigen Steuerfahndungs- sowie den Bußgeld- und Strafsachenstellen bereits bearbeitet worden, und auf welche Höhe belaufen sich die entsprechenden Steuernachzahlungen?
10.	Abgeordnete **Hilde Mattheis** (SPD)	Wie viele der im Jahr 2010 durch Selbstanzeigen und Steuerdaten-CDs zusätzlich angefallenen Steuerfälle belaufen sich auf einen Hinterziehungsbetrag, der 50 000 Euro übersteigt?

11. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind bis jetzt die Steuereinnahmen aus der Brennelementesteuer, und welches Atomkraftwerk hat dabei welchen Teil beigesteuert?

12. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie wahrscheinlich ist ein Abschluss der Verhandlungen mit der Schweiz über eine Regelung für bisher nicht im Inland versteuerte Einkünfte noch im Sommer 2011, und erwägt die Bundesregierung eine derartige Lösung auch mit anderen Staaten, wie z. B. Luxemburg oder Österreich, umzusetzen?

13. Abgeordnete **Dr. Barbara Höll** (DIE LINKE.)

Wie ist die Änderung durch das Steuervereinfachungsgesetz in § 32 Absatz 4 des Einkommensteuergesetzes (EStG) zu verstehen, wonach eine Schädlichkeit dann vorliegt, wenn das volljährige Kind nach Abschluss einer erstmaligen Berufsausbildung und eines Erststudiums eine bestimmte Zeitgrenze überschreitet, im Hinblick auf die Verbindung der beiden Voraussetzungen mit dem Wort „und“, was sprachlich andeutet, dass beide Aspekte kumulativ erfüllt sein müssen, und wie ist die wöchentliche Arbeitszeit gemäß dem geänderten § 32 Absatz 4 EStG zu berechnen, auch vor dem Hintergrund von schwankenden oder unregelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeiten bzw. kurzfristigen Überschreitungen dieser Grenze?

14. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum setzt sich die Bundesregierung für weitere einschneidende Sparmaßgaben Griechenlands als Voraussetzung für die Gewährung weiterer Garantien und anderer Hilfen ein und nicht für die Streichung eines Großteils der Schulden Griechenlands bei privaten Gläubigern, um dem Land eine realistische Chance zu verschaffen, durch Investitions- und Konjunkturprogramme der Bevölkerung Arbeit und Einkommen zu geben und aus der Krise zu kommen?

15. Abgeordnete **Daniela Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sieht die Bundesregierung aufgrund der öffentlich im „Hamburger Abendblatt“ erhobenen Forderungen, beim Verkauf von Liegenschaften des Bundes die frei werdenden Liegenschaften möglichst schnell den Kommunen oder Privaten zu vertretbaren Preisen zur Verfügung zu stellen, nicht auf steigende Immobilienpreise zu spekulieren, Handlungsbedarf, und inwiefern teilt der Bund die Auffassung, dass er hier in einer besonderen Verantwortung steht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

16. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

In welchen der zahlreichen Aktivitäten und Maßnahmen im „Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen“, welches am 21. Juni 2011 zwischen beiden Regierungen beschlossen wurde, sind – auch mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zu deren Umsetzung – die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt, und wie wurden sie und deren Organisationen bei der Erarbeitung des Programms einbezogen?

17. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)

Wie werden bei den kommenden deutsch-russischen Regierungskonsultationen sowie bei dem unter Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin vom 17. bis 19. Juli 2011 stattfindenden „Petersburger Dialog“ in Niedersachsen – auch mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zu deren Umsetzung – die Belange von Menschen mit Behinderung berücksichtigt, und wie werden sie und deren Organisationen dabei selbst einbezogen?

18. Abgeordneter
Klaus Ernst
(DIE LINKE.)

Wie hat sich der Realwert bzw. die Kaufkraft der Bruttostandardrente seit 2001 entwickelt (bitte Entwicklung der Bruttostandardrente in Verhältnis zur Entwicklung des Verbraucherpreisindexes setzen, jeweils 1991 = 100, bitte auch Rentenerhöhung zum 1. Juli 2011 berücksichtigen und Jahreswerte angeben)?

19. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)

Wie verläuft die derzeitige Diskussion in der Bundesregierung über die Frage, ob sie sich bei der Europäischen Kommission für eine Verlängerung der vorerst bis zum 31. Dezember 2011 geltenden Beschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit für bulgarische und rumänische Staatsangehörige einsetzen will, und wann ist mit einer offiziellen Entscheidung zu rechnen?

20. Abgeordnete
Anette Kramme
(SPD)

Wie viele Beschäftigte arbeiten in den Integrationsämtern und Bußgeldstellen, die für die Umsetzung der Bußgeldregelung des § 156 Absatz 1 Nummer 1 SGB IX zuständig sind (aufgeschlüsselt nach Region und Jahr), und hält die Bundesregierung diese Beschäftigtenzahl für ausreichend, um angesichts von über 38 000 pflichtwidrig keinen Schwerbehinderten beschäftigenden Arbeitgebern die Durchsetzung der Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte wirksam zu kontrollieren?

21. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)

Welche Erkenntnisse gibt es über Missbrauch und Mitnahmeeffekte beim Vermittlungsgutschein etwa dahin gehend, dass der Gutschein vom privaten Vermittler eingelöst wurde, obwohl der Arbeitsplatz vom Erwerbslosen selbst gesucht wurde, und wie viele Strafverfahren gegen private Arbeitsvermittler wurden in der Vergangenheit mit welchen Rückzahlungsforderungen eingeleitet?

22. Abgeordneter
Werner Dreibus
(DIE LINKE.)

Inwiefern sind nach vorliegenden Evaluierungsergebnissen bestimmte Gruppen von Erwerbslosen bei der Nutzung des Vermittlungsgutscheins benachteiligt (wenn möglich, bitte entsprechende Merkmale nennen), und wie hat sich die Zahl der privaten Arbeitsvermittler seit 2002 entwickelt?

23. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie haben sich die Ausgaben für den Vermittlungsgutschein seit seiner Einführung entwickelt (bitte jeweils die jährlichen Aufwendungen aufführen, insgesamt sowie seit 2005 nach SGB II und SGB III), und wie nachhaltig ist die Arbeitsmarkteingliederung über einen Vermittlungsgutschein (bitte entsprechende Daten über den langfristigen Verbleib in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung nennen)?

24. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Wie haben sich die Teilnehmerzahlen für den Vermittlungsgutschein seit seiner Einführung entwickelt (bitte jeweils Jahreszahlen insgesamt sowie seit 2005 nach SGB II und SGB III nennen), und wie häufig wird bei der Vermittlung über den Vermittlungsschein in Leiharbeit, Minijobs und nicht bedarfsdeckende Beschäftigung, die mit Hartz IV aufgestockt werden muss, vermittelt (bitte entsprechende absolute und relative Daten nennen)?

25. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wen sollte nach Ansicht der Bundesregierung der nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) Leistungsbeziehende bei einem Wohnungswechsel mit der Prüfung der angemessenen Mietkosten des vorgelegten Mietangebotes sowie dem Antrag auf Übernahme eben dieser Mietkosten anschreiben, wenn es aufgrund eines Wohnortwechsels nicht nur zu einem Wechsel des Jobcenters, sondern auch des SGB-II-Trägers kommt?

26. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass es bei der Bearbeitung eben dieser Mietsachen beim Wohnungswechsel regelmäßig immer dann zu Problemen bezüglich der Zuständigkeiten zwischen den Jobcentern kommt, wenn auch Optionskommunen als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende involviert sind, und wie will die Bundesregierung Sorge dafür tragen, dass die SGB-II-Leistungsbeziehenden wissen, bei welchem Träger sie entsprechende Unterlagen einreichen müssen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

27. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)

Wann wird die Bundesregierung einen abgestimmten Entwurf des bereits überfälligen Gesetzes zur Neuordnung des Pflanzenschutzrechts vorlegen, und wann rechnet sie mit dem Inkrafttreten der rechtlichen Umsetzung verbindlicher Rechtsakte der Europäischen Union?

28. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)

Wie entwickelt sich der Antragsstau in der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln infolge der derzeitig für die Antragsteller unsicheren Rechtssituation, und können die beteiligten Behörden die gesetzten Fristen einhalten?

29. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hat der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit (BfDI) nach Kenntnis der Bundesregierung bereits geprüft, ob das Gutachten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zur Bewertung der Ehrwürdigkeit ehemaliger Mitarbeiter des Bundesministeriums bzw. der Vorgängerbundesministerien im Hinblick auf die Zeit des National-

sozialismus aus Datenschutzgründen veröffentlicht werden kann, und wenn ja, zu welchem Ergebnis kommt der BfDI?

30. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen haben die deutschen Behörden aus den Hinweisen seitens des russischen Chef-Veterinärs Sergej Dankwert gezogen, der mit Hinweis auf angebliche EHEC-Belastung deutscher Fleisch- und Milchprodukte ab 27. Juni 2011 für bestimmte deutsche Lieferanten ein Importverbot erlassen hat?

31. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche bundes-, landes- und europapolitischen Maßnahmen können und sollten aus Sicht der Bundesregierung ergriffen werden, um der Krise der deutschen Krabbenfischerei effektiv zu begegnen?

32. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung in dem Zusammenhang die Forderung, auch für die Krabben eine Fangmengenbegrenzung einzuführen, und wie sollte eine solche ggf. ausgestaltet werden?

33. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen hätte aus Sicht der Bundesregierung die Aufnahme des Wolfs als bejagbare Art in das Bundes- oder in einzelne Landesjagdgesetze?

34. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Welche bejagbaren Tierarten sind momentan im Bundesjagdgesetz aufgeführt, die ganzjährig nicht bejagt werden dürfen, und wie schätzt die Bundesregierung die Entwicklung der Bestände dieser Arten in den kommenden Jahren unter dem Gesichtspunkt einer Bejagbarkeit ein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

35. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann erklärt die NATO ein Boot für in Seenot geraten und geht zur Rettung über, und inwiefern arbeitet die NATO dabei mit der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX zusammen?

36. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen unternimmt die Bundesregierung, um die Seenotrettung insbesondere im Mittelmeer und vor dem Hintergrund des Libyen-Krieges zu verbessern, und welche Initiativen hat die Bundesregierung hierzu auf NATO- und EU-Ebene bisher ergriffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

37. Abgeordnete
Heidrun Dittrich
(DIE LINKE.)

Wann wird im Deutschen Bundestag der Sechste Altenbericht der Bundesregierung debattiert?

38. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Zwischenevaluierung des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität in Köln „Föderale Finanzierung des Kinderbetreuungsausbaus: Ermittlung der Lastenverteilung“, wonach für Gesamtdeutschland die bisherige Ausbaugeschwindigkeit nicht ausreiche und gesteigert werden müsse, um das bundesweite Ausbauziel zu erreichen, und welche Initiativen plant bzw. ergreift die Bundesregierung anlässlich dieses Gutachtens?

39. Abgeordnete
Caren Marks
(SPD)

Welche Initiativen ergreift die Bundesregierung bezüglich der Länder, die ihr landeseigenes Ausbauziel nur schwerlich erreichen, weil sowohl die bisherige Ausbaugeschwindigkeit als auch die Finanzierungsplanung nicht ausreichend sind, um das anvisierte Ausbauziel zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

40. Abgeordnete **Dr. Marlies Volkmer** (SPD)

Wie erklärt und bewertet die Bundesregierung, dass das Robert Koch-Institut (RKI) laut einer offiziellen Stellungnahme erst am 19. Mai 2011 von den EHEC-Infektionen in Hamburg erfahren hat, jedoch in einem Report auf Eurosurveillance.org, der am 2. Juni 2011 erschien und an dessen Erarbeitung mehrere Mitarbeiter des RKI beteiligt waren, davon die Rede ist, dass vom 9. Mai 2011 an eine stetig steigende Zahl von EHEC-Fällen beobachtet wurde, mit einem Maximum vom HUS-Fällen am 16. Mai 2011?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

41. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Welches sind die Gründe dafür, dass die für den 1. Juli 2011 geplante Einführung der Lkw-Maut auf vierspurigen Bundesstraßen verschoben werden muss, und warum geht die Bundesregierung davon aus, dass sie trotz einer von der Toll Collect GmbH bereits öffentlich angekündigten Vorlaufzeit von acht Monaten ab Vertragsabschluss im Jahr 2011 50 Mio. Euro an Einnahmen erzielen wird?

42. Abgeordneter **Uwe Beckmeyer** (SPD)

Welche Streckenabschnitte und Brückenbauwerke von Bundesfernstraßen haben die einzelnen Bundesländer im jährlich einzureichenden Erhaltungsprogramm 2011 an das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gemeldet (bitte in tabellarischer Übersicht nach Bundesländern, Bundesfernstraßen und Maßnahmen unter Bezug auf das finanzielle Volumen und den Beginn der Maßnahme untergliedert darstellen)?

43. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Bundesrates in der 884. Sitzung vom 17. Juni 2011 mit der Forderung nach einer neuen Regelung der Altschuldenhilfe für ostdeutsche Wohnungsunternehmen, und welche konkreten Schritte der Umsetzung dieses Beschlusses wird die Bundesregierung unternehmen?

44. Abgeordneter **Hans-Joachim Hacker** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, eine Anschlussregelung für die Altschuldenproblematik ostdeutscher Wohnungsunternehmen an eine Sanierungsverpflichtung für Wohngebäude in Innenstädten zu knüpfen, und ist die Bundesregierung dazu bereit, dies zu unterstützen?

45. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie steht die Bundesregierung zur Einführung lärmabhängiger Trassenpreise im Schienenverkehr, und welchen konkreten Fahrplan zur Abschaffung des Schienenbonus hat die Bundesregierung?

46. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist nach Erkenntnisstand der Bundesregierung mit dem Abschluss der Untersuchungen zum Zugunglück in Hordorf am 29. Januar 2011 auf der Bahnstrecke Magdeburg–Thale zu rechnen, und wann wird der Unfallprüfungsbericht dem Parlament bzw. der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

47. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die am 9. Juni 2011 bei einem Treffen mit Bundestagsabgeordneten der Oppositionsfraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag getroffene Aussage des Abteilungsleiters RS im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), Gerald Hennenhöfer, er sehe keine rechtlichen Instrumente, um zu verhindern, dass die vom dreimonatigen Moratorium betroffenen Atomkraftwerke (AKW) nicht „jetzt schon“ (also am 9. Juni 2011 und damit vor Ablauf des dreimonatigen Moratoriums) wieder anfahren könnten, so zu verstehen, dass für den BMU-Abteilungsleiter Gerald Hennenhöfer der dem Moratorium zugrundeliegende Gefahrenverdacht mit Vorlage des ersten Berichts der Reaktor-Sicherheitskommission zum „AKW-Stresstest“ am 17. Mai 2011 ausgeräumt ist, und falls ja, warum hat das BMU dann meine diesbezügliche Mündliche Frage in der Fragestunde vom 8. Juni 2011 nicht entsprechend bejaht (Plenarprotokoll 17/113, Anlage 32)?

48. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist es zutreffend, dass sich der Abteilungsleiter RS im BMU im Rahmen der vom BMU für die Landesatomaufsichtsbehörden erstellten Vorlage einer Anordnung zur vorübergehenden Betriebseinstellung nach § 19 des Atomgesetzes (sogenanntes dreimonatiges Atom-Moratorium) für eine spezifischere bzw. bessere Begründung des der Anordnung zugrunde liegenden Gefahrenverdachts einsetzte (ggf. bitte mit Angabe der von ihm vorgeschlagenen Formulierung), und falls ja, weshalb wurden seine Empfehlungen nicht umgesetzt?

49. Abgeordnete **Dorothee Menzner** (DIE LINKE.)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über den Zustand der Atomkraftwerke Fort Calhoun und Cooper Nuclear Station in Nebraska, USA, die nach Medienberichten (junge Welt, 21. Juni 2011) durch das gegenwärtige Missouri-Hochwasser überschwemmt wurden, und den von ihnen ausgehenden Gefahren für Menschen und Umwelt?

50. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie plant die Bundesregierung die Gestaltung des Petersberger Klimadialoges am 3. bis 4. Juli 2011, damit von dort im Gegensatz zum ersten Dialog dieser Art im letzten Jahr tatsächlich Impulse für die Klimaverhandlungen ausgehen?

51. Abgeordneter **Dr. Hermann Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen und Initiativen plant die Bundesregierung – auch zusammen mit den EU-Partnerländern –, um in Ländern wie Polen, die in besonderer Weise von fossilen Energien abhängig sind, eine Umstellung der Energieversorgung und eine ambitionierte Reduktion der CO_2-Emissionen auf den Weg zu bringen und diesen Ländern auf diese Weise eine Zustimmung zu den EU-Klimaschutzplänen zu erleichtern?

52. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unterstützt die Bundesregierung die Forderung des Bundesrates vom 17. Juni 2011 (Bundesratsdrucksache 341/11 (Beschluss)), die Vergütung bzw. Absenkung der Vergütung von Strom aus solarer Strahlungsenergie im Verlaufe des Gesetzgebungsverfahrens nicht dahingehend zu verändern, dass es zu einer weiteren Absenkung der Solarstromförderung über das bisherige Maß des Kabinettsbeschlusses hinauskommt?

53. Abgeordneter **Hans-Josef Fell** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann sich die Bundesregierung vorstellen zu erwägen, die kürzlich eingeführte sogenannte Local-Content-Regelung der italienischen Regierung zu übernehmen, mit der eine differenzierte Einspeiseförderung zwischen solchen Solarstromanlagen ermöglicht wird, die zu mindestens 60 Prozent aus inländischer Wertschöpfung stammen, und solchen, die diesen Anteil nicht einhalten, oder denkt die Bundesregierung darüber nach, andere gesetzliche Instrumente zu prüfen, die zwischen Herkunftsländern bzw. Regionen differenzieren, in denen Märkte für Solartechnik geschaffen werden, und jenen, die eine rein exportorientierte Solarförderung betreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

54. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

In welchem Stadium befinden sich die Pläne für den Bau des Forschungsschiffes „Polarstern II“, und welche Kosten werden durch den Neubau voraussichtlich entstehen?

55. Abgeordneter **Michael Gerdes** (SPD)

Plant die Bundesregierung die „Polarstern“ bis zum Ende des Jahrzehnts weiter als Forschungsschiff zu nutzen, und welche Kosten werden entstehen, um die „Polarstern“ entsprechend zu modernisieren?

56. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Welche Optionen zur Zukunft des Projekts „Aurora Borealis“ werden derzeit auf EU-Ebene diskutiert, und welche Haltung vertritt die Bundesregierung in dieser Frage?

57. Abgeordnete **Marianne Schieder (Schwandorf)** (SPD)

Ist es zutreffend, dass, nachdem sich die europäischen Partner nicht auf eine Finanzierung für die „Aurora Borealis“ haben einigen können, nunmehr über eine „abgespeckte Variante“ des Projekts diskutiert wird, und wie soll diese aussehen?

58. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Wie viele Stipendien wurden zur Einführung des Nationalen Stipendienprogramms im laufenden Sommersemester vergeben (aufgeschlüsselt nach Hochschulen), und wie bewertet die Bundesregierung die vorliegenden Stipendienzahlen?

59. Abgeordnete **Ulla Burchardt** (SPD)

Wie hoch ist der Umfang der Kofinanzierung durch Unternehmen (aufgeschlüsselt nach Unternehmen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

60. Abgeordnete **Sabine Stüber** (DIE LINKE.)

Wann ist mit der Beendigung der Prüfung der offenen Fragen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und damit mit der mir zugesagten Antwort auf meine Mündliche Frage vom 6. Oktober 2010 (Plenarprotokoll 17/64, S. 6741 D) zur Yasuni-ITT-Initiative zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

61. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aufbauend auf welchen Untersuchungen sollen bis 2020 neue Kohle- und Gaskraftwerke in einer Größenordnung von 10 000 MW Leistung gefördert werden (Aussage des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Jochen Homann, bei der Diskussion der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. Juni 2011 – Energate-Meldung vom 20. Juni 2011), und von welchen sonstigen Rahmenbedingungen (Entwicklung der Erzeugung aus erneuerbaren Energien, Verbrauch, Jahreshöchstlast) gehen diese Untersuchungen aus, die einen notwendigen Zubau von Kohle- und Gaskraftwerken in einer Größenordnung von 10 000 MW ermitteln?

62. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bedingungen stellt die Bundesregierung für eine eventuelle Förderung von Kohle- oder Gaskraftwerken, und welche „Anforderungen an die technische und betriebliche Flexibilität neuer Anlagen zur Erzeugung von Energie" plant die Bundesregierung vor einer Förderung aufzustellen, wie es mit der aktuellen Änderung des § 49 Absatz 4 des Energiewirtschaftsgesetzes durch Rechtsverordnung ermöglicht wird?

63. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche fossilen Kraftwerke (Brennstoffe, Leistung, Wirkungsgrad etc.) plant die Bundesregierung ausweislich einer Äußerung des Staatssekretärs Jochen Homann bei der Diskussion der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 20. Juni 2011 (Energate-Meldung vom 21. Juni 2011) zu fördern, und mit welchen Mitteln soll das geschehen?

64. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ab wann wird eine Übersicht der in Kaltreserve stehenden Kraftwerke in Deutschland vorliegen, welche momentan von der Bundesnetzagentur überhaupt erst zusammengestellt wird, und wie passt dieses Vorgehen zur Tatsache, dass bereits in der 26. Kalenderwoche im Deutschen Bundestag gesetzliche Regelungen zur Kaltreserve bei den zur Abstimmung stehenden Energiegesetzen geschaffen werden sollen, ohne dass die hierfür erforderlichen Fakten bekannt sind (s. Antwort der Bundesregierung zu Frage 58 auf Bundestagsdrucksache 17/6164)?

65. Abgeordnete **Dorothee Menzner** (DIE LINKE.)

Auf welche Informationen stützt die Bundesregierung die Feststellung: „Trotz der Beschleunigungselemente im Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz vom 9. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833) konnten Verzögerungen auf Ebene der Planungs- und Genehmigungsverfahren und bei der Realisierung des Leitungsausbaus nicht verhindert werden und sind weiterhin – auch unter Berücksichtigung des sich noch im Entwurf befindlichen Planungsvereinheitlichungsgesetzes – zu erwarten" in der Begründung des Gesetzentwurfs über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Bundestagsdrucksache 17/6063)?

66. Abgeordnete **Bärbel Höhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viel Strom will die Bundesregierung mit welchen Maßnahmen bis 2020 einsparen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

67. Abgeordnete **Dr. h. c. Susanne Kastner** (SPD)

Welche Kriterien und Maßstäbe werden vom Auswärtigen Amt bei der jährlichen Ressourcenplanung angesetzt hinsichtlich der Entscheidung über die Schließung bzw. den Erhalt von konsularischen Vertretungen in Rumänien, und wie erfolgen deren Evaluation und Gewichtung?

68. Abgeordnete **Dr. h. c. Susanne Kastner** (SPD)

Aus welchen Gründen strebt das Auswärtige Amt bei den Einsparungen in der Globalplanung keine paritätische Lastenverteilung bei den Auslandsvertretungen in Rumänien an, und wie sollen die Präsenz in der Fläche sowie die Betreuung der deutschen Minderheiten künftig gewährleistet werden?

69. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit betrachtet es die Bundesregierung als notwendig, die Formulierung von Menschenrechtsklauseln in Abkommen der Europäischen Union oder Deutschlands mit Drittstaaten weiterzuentwickeln, und inwieweit ist es nach Einschätzung der Bundesregierung erforderlich, die Verfahren und Mechanismen zu verbessern, mit denen die Klauseln umgesetzt werden?

70. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist das Rückübernahmeabkommen zwischen Italien und dem nationalen Übergangsrat in Bengasi nach Kenntnis der Bundesregierung identisch mit dem Rückübernahmeabkommen zwischen Italien und der Regierung Gaddafis, und wenn nein, inwieweit unterscheiden sich diese Abkommen in Bezug auf den Stellenwert der Menschenrechte?

71. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Welche Inhalte des am 17. Juni 2011 während heftiger militärischer Auseinandersetzungen unterzeichneten „Abkommens“ zwischen Italien und der libyschen Opposition zur Verhinderung unerwünschter Einwanderung sind der Bundesregierung bekannt, für das laut italienischem Außenministerium „Ausrüstung“ an nicht näher bezeichnete Empfänger geliefert werden und in dessen Rahmen auch Flüchtlinge nach Libyen zurückgeschoben werden sollen (dapd, 17. Juni 2011), und welche Auswirkungen hat das Regelwerk, das offensichtlich eine seit 2000 bestehende Vereinbarung zwischen Italien und Libyen formaljuristisch übernimmt (und dafür unter anderem vom Hohen UN-Flüchtlingskommissar in Italien wie auch von „Ärzten ohne Grenzen“ heftig kritisiert wird) aus Sicht der Bundesregierung auf die Flüchtlings- und Asylpolitik der EU im Mittelmeer bzw. die neue EU-Strategie gegenüber Nordafrika?

72. Abgeordneter **Andrej Hunko** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Fragestellers, dass der Sicherheitsratsbeschluss zu Libyen (VN-Sicherheitsratsresolution 1973) nicht im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen von 1968 steht, da der Sicherheitsrat nach Artikel 39 nur Maßnahmen nach den Artikeln 41 und 42 empfehlen oder beschließen kann, „um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen“ und der Sicherheitsrat es versäumt hat, im Entschließungsteil der Resolution zu beschließen, dass die vorgeschlagenen militärischen Maßnahmen zur Sicherung des Weltfriedens oder der internationalen Sicherheit ergriffen werden sollen, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung im VN-Sicherheitsrat, um den Krieg in Libyen, der nach Ansicht des Fragestellers im Widerspruch zu Artikel 2 Absatz 4 und 7 der Charta der Vereinten Nationen steht, zu beenden?

73. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In welcher Form engagiert sich die Bundesregierung – angesichts ihrer besonderen Verantwortung in dem Fall – ergänzend zu der Initiative der EU (vgl. www.indianexpress.com/news/eu-opposes-execution-of-deathrow-convict-bhullar-writes-to-chidambaram/805174/) gegen die Hinrichtung Davinder Pal Singhs in Indien, und welche Konsequenzen zog bzw. zieht die Bundesregierung aus der damals fehlerhaften Abschiebung (vgl. Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt a. M. vom 6. Oktober 1997, Geschäftsnummer E 50399 194.A (1)) von Davinder Pal Singh für Flughafenverfahren und bezüglich der Feststellung von Abschiebungshindernissen insbesondere bei drohender Folter oder Todesstrafe?

74. Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über bereits getroffene Vereinbarungen von nichtmilitärischen Organisationen im Norden Afghanistans seit 2009 mit Taliban und anderen Aufständischen über Aufbauprojekte wie die Anlegung und den Betrieb von neuen Brunnen, Straßen und Brücken sowie Schulen insbesondere für Mädchen und über die Einhaltung solcher Zusagen, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung veranlasst, um in ihrem Verantwortungsbereich in Afghanistan Angriffe mit dem Ziel „capture or kill“ auf gelistete Zielpersonen durch Spezialeinheiten und Drohnen zu beenden, durch die immer neuer Hass geschürt und die Bevölkerung aufgebracht wird, und um Gespräche sowie konkrete Verhandlungen mit den Aufständischen zu fördern mit dem Ziel, das Töten zu beenden, Waffenstillstand zu erreichen und den Abzug der ausländischen Truppen einzuleiten?

75. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Welche Kenntnisse besitzt die Bundesregierung über die Pläne des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) für eine Gemeinsame-Sicherheits-und-Verteidigungspolitik(GSVP)-Mission im Südsudan, und wie hat bzw. wird sie sich zu diesen Plänen weiter verhalten?

76. Abgeordneter **Dr. h. c. Jürgen Koppelin** (FDP)

In welcher Form hat sich die Bundesregierung bemüht, Erkenntnisse über eine eventuelle Einreise des früheren thailändischen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra zu erhalten, um meine Schriftlichen Fragen auf Bundestagsdrucksache 17/6272 zu beantworten?

77. Abgeordneter **Dr. h. c. Jürgen Koppelin** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Darstellung der „Badischen Zeitung“ vom 14. Juni 2011 nachgegangen, dass der frühere thailändische Ministerpräsident Thaksin Shinawatra den thailändischen Kronprinzen in München getroffen haben soll?

78. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung im Rahmen ihres Vorsitzes im UN-Sicherheitsrat neue politische Impulse für ein seit 20 Jahren ausstehendes Referendum im Westsahara-Konflikt setzen?

79. Abgeordnete **Heike Hänsel** (DIE LINKE.)

Setzt die Bundesregierung ihre polizeiliche Ausstattungshilfe und Ausbildung mit Marokko fort trotz zahlreicher Berichte von massiven Menschenrechtsverletzungen durch die marokkanischen Sicherheitsbehörden in der von Marokko besetzten Westsahara?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

80. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit welchen Statistiken kann die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel belegen, dass die Kriminalität von jungen Migranten höher ist als die der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund?

81. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sind nach Ansicht der Bundeskanzlerin die mangelnde Chancengleichheit im Bildungssystem und die Perspektivlosigkeit aufgrund finanzieller Schwierigkeiten ursächlich für das angebliche Kriminalitätsproblem, und wenn nein, wie begründet dies die Bundeskanzlerin?

82. Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass im Zusammenhang mit den Anti-Nazi-Protesten am 19. Februar 2011 in Dresden eine Funkzellenabfrage angeordnet wurde, obwohl bekannt war, dass sich dort auch viele Mitglieder des Deutschen Bundestages aufgehalten haben und diese einen besonderen grundrechtlichen Schutz genießen, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass nach Auffassung der Fragestellerin rechtswidrig erlangte und gespeicherte Daten der betroffenen Bundestagsabgeordneten gelöscht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

83. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 2010 (Az. 1 BvR 256/08; 1 BvR 263/08; 1 BvR 586/08) die Zulässigkeit der Speicherung von Verkehrsdaten aus Funkzellenabfragen für die Dauer von bis zu sechs Monaten?

84. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann genau (angesichts der Absichtserklärung „in Kürze“ auf Bundestagsdrucksache 17/5315) beabsichtigt die Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag einen Gesetzentwurf zur Ratifizierung des Protokolls Nr. 12 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten SEV-Nr. 177, gezeichnet am 4. November 2000, vorzulegen, und welche Ergebnisse der mehr als zehnjährigen Beobachtung des weiteren Fortgangs der Ratifizierung durch andere Staaten und der Entwicklung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte nach dem Inkrafttreten des Protokolls (vgl. Bundestagsdrucksache 17/5315), führten die Bundesregierung dazu, das Protokoll nun in Kürze ratifizieren lassen zu wollen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333